

Befragte man die Deutschen zum Thema Staatskritik, so würde ihnen sicherlich allerhand einfallen, über das zu meckern ihnen ein Anliegen wäre. Von der Steuerpolitik über Straf- und Ausländerrecht bis hin zur so genannten „Nibelungentreue“ gegenüber den USA fände der berüchtigte Otto Normalverbraucher allerhand Themen, die ihm Anlass für stundenlanges Mosem und Klagen gäben. Sein Motiv jedoch ist nicht die Abschaffung jeglicher Herrschaft und Ausbeutung, sondern die Errichtung eines endlich gerechten, d.h. ihn selbst sattfam versorgenden und alle anderen ausschließenden Staates. Der Vorwurf, der Staat gehorche anderen Mächten und nicht der eigenen narzisstischen Willkür, sei gar ein Büttel des Finanzkapitals oder der USA und bevorteile dazu „Sozialschmarotzer“, „Heuschrecken“ und anderes arbeitsscheues Gesindel, zielt darauf ab, den Staat als strafende und Beute verteilende Gewalt zu verewigen. Dass demgegenüber materialistische Staatskritik auf Ganze geht und nicht bestimmte Erscheinungsformen des Staates ins Visier der Kritik nimmt, um den Staat letztendlich zu verbessern, sondern ihn ein für allemal abschaffen will, ist nicht nur unter Linken altbekannt. Wenn es aber darum geht, diese scheinbar banale Erkenntnis in Bezug zur Tagespolitik zu setzen, fangen die Probleme an. Grundsätzlich gibt es zwei Wege, sich als linker Staatskritiker zur Politik zu verhalten: Entweder man inszeniert sich als Theoretiker, der die Reinheit der Lehre bewahrt und sich damit zwangsläufig vor den Problemen des Alltags in dürre Abstraktionen flüchtet – womit niemand etwas gewonnen hat außer dem Theoretiker selbst, der sich die Finger gar nicht erst schmutzig macht – oder man engagiert sich gar eifrig in Parteien und Verbänden, um, wie es dann heißt, eine Politik des „kleineren Übels“ zu betreiben – was in nahezu allen Fällen aufs bloße Mitmachen hinausläuft.

## Der Staat des Kapitals

Beide, der Antipolitiker und der Politiker, meinen es gut. Das Problem, das sie haben, ist die Allgegenwart des Kapitals, das alles und jeden zwangsweise integriert, weil es keine bloße Wirtschaftsform ist, sondern ein umfassendes Herrschaftsverhältnis, das den Einzelnen in ein – wie der junge Hegel das nannte – „mechanisches Räderwerk“ verwandelt. Der Staat ist nicht etwas dem Kapital äußeres, sondern es selbst. Wenn die vereinigten Sozialdemokraten aller Länder ständig vom dringend herbeizuführenden „Primat der Politik“ daher salbadern, zeigt das nur, dass sie Marx nicht nur nie verstanden, sondern auch nie gelesen haben. Der Staat ist die politische Seite des Kapitals, wie das Kapital die ökonomische Seite des Staates ist. Als Organisator der Spaltung der Gattung in notwendige und überflüssige Menschen reproduziert der Staat die kapitale Herrschaft im Anschluss der nicht zur Nation gehörenden, wie das Kapital das Prinzip der Nation durch die Unterscheidung von Arbeitskraftbehälter und Reservearmee exerziert. Wie Marx gezeigt hat, ist die Eigenschaft, Staatsbürger zu sein, den Individuen nichts von Natur aus zukommendes, ebenso wenig, wie die Neandertaler bereits an Fließbändern oder in Büros geackert haben, sondern gleichermaßen Folge und Bedingung eines sozialen Verhältnisses, in dem Menschen ihre Rechte dem Umstand verdanken, Wert produzieren zu können. Umgekehrt gilt dasselbe: Wer Rechte hat, muss auch arbeiten, wenn er überleben will. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte hält dieses doppelte und sich wechselseitig ergänzende Prinzip ideell als „Recht auf Eigentum“ (Artikel 17) und „Recht auf Arbeit“ (Artikel 23) fest. Mit anderen Worten: Jedes Recht gründet, wenn es Geltung haben soll, in der Herrschaft des Kapitals.

Weil das Recht die Allgemeinheit kapitaler Herrschaft gleichermaßen zum Ausdruck bringt und gegen den Einzelnen durchsetzt, ist es universal. Jedes Recht ist zugleich allgemein gültig, behält sich aber für Notfälle den Widerruf vor. Sei es die Entmündigung und Entrechtung, ja sei es der schwer zu legitimierende, aber allemal mögliche Ausschluss Einzelner aus der Nation, oder sei es gar der Staatsnotstand, in dem jedes Recht mit Rücksicht auf den Erhalt des Ganzen kassiert werden kann – die Rechtsordnung bleibt stets gebunden an den Souverän, die politische Gewalt, die Rechte generös austeil und wieder entzieht. Damit bleibt die Sicherheit des Staatsbürgers immer prekär. Der Bürger, den die Angst vor dem Ausschluss schier zerreißt, wird zum Otto Normalverbraucher, also zum potentiellen Volksgenossen, der nur darauf wartet, andere zu

denunzieren und zum Abschluss freizugeben, um sich als treues und wertvolles Glied des Ganzen zu beweisen. Er nimmt den Staat als das wahr, was er nur der Tendenz nach ist: als Bande. Je tiefer sich der Bürger ins Krisenbewusstsein verstrickt, desto weniger gilt ihm die Allgemeinheit des Rechts als etwas schützenswertes. Im geistigen Vorlauf der Krise, dem Heideggerschen „Sein zum Tode“, fiebert der Bürger dem Ausnahmezustand entgegen, in dem er von seinem Leiden an den Widersprüchen kapitaler Vergesellschaftung negativ erlöst zu werden hofft: sei es durch den eigenen Opfertod fürs Kollektiv, sei es durch die Vernichtung der als Übeltäter ausgemachten Ausgeschlossenen.

## Nachbürgerliche Gesellschaft

Die Tendenz, in den Bürgern selbst die Sehnsucht nach einer negativen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft hervorzubringen, konnte sich bereits einmal in der Geschichte vollends durchsetzen. Im Nationalsozialismus war die Volksgemeinschaft nicht bloß Propaganda, sondern im allerbrutalsten Sinne Wirklichkeit. Mit der Zwangsintegration aller konkurrierenden Gemeinschaftsmodelle – von der Arbeiterbewegung über Kirchengemeinden bis zur Familie – ins repressive Kollektiv der Deutschen wurde zugleich dem Individuum und allen bestehenden Rückzugsräumen der Kampf angesagt. Alle Eindämmungen und Vermittlungen des Konkurrenzverhältnisses wurden kassiert und damit zugleich ihre grausame Dynamik vollends entfesselt. Im Massenmord an den Juden wurde die Volksgemeinschaft verwirklicht, indem die Juden als „Gegenrasse“ (Hitler), als angeblich mit Haut und Haaren der Einheit der Deutschen entgegenstehendes Prinzip ermordet wurden. Die Dialektik bürgerlicher Gesellschaft ist im Nationalsozialismus auf barbarische Weise zum Stillstand gekommen, weil der NS-Staat die Bürger in Volksgenossen und die Juden in Tote verwandelte. In Deutschland hat sich gezeigt, dass die Existenz von Staat und Kapital die Option barbarischer Aufhebung erzeugt, die die Vermittlungen kapitaler Herrschaft – Recht und Markt – zugunsten unmittelbarer Unterwerfung und Vernichtung abschafft und wahnhaft eine Heilung vom Krisencharakter der politischen Ökonomie durch Vernichtungskrieg und Massenmord verspricht.

Angesichts des – global betrachtet – Scheiterns der bürgerlichen Gesellschaft, angesichts einer Welt also, in der die Mehrzahl aller Staaten ohne bürgerliche Klasse, ohne die Loslösung von der „Blutsbande“ (Marx) und ohne eine Ökonomie, die einer nennenswerten Anzahl von Individuen ein selbstbestimmtes Leben innerhalb der Grenzen wertförmiger Warenproduktion ermöglicht, auskommt, stellt sich die Frage der negativen wie positiven Aufhebung bürgerlicher Gesellschaft neu. Weil nur diese Form der Gesellschaft historisch Individuen hervorgebracht hat, die als autonome und mit Egoismus ausgestattete Subjekte überhaupt die Forderung nach einer kommunistischen Revolution im Sinne einer „freien Assoziation der Individuen“ aufstellen können, ist kommunistische Kritik dezidiert bürgerlich, d.h. westlich. Sie will aber zugleich die emanzipatorischen Potentiale der bürgerlichen Gesellschaft entfalten und verwirklichen, also die bürgerliche Gesellschaft bestimmt überwinden. Sie muss ihre revolutionären Bemühungen daher zwangsläufig aufs Individuum richten, das sie gerade nicht – wie die Postmodernen wünschen – vernichten, sondern in seine Freiheit einsetzen will. Versucht sie, eine Revolution in einer Gesellschaft durchzusetzen, die noch (oder wieder) fest in Strukturen unmittelbarer Herrschaft und ursprünglicher Identität verhängen ist, so kann ein solcher Umsturz immer nur gegen solche vermeintlich naturwüchsigen Gemeinschaften stattfinden – was auf eine Interessenskongruenz zwischen Neokonservatismus und Kommunismus hinausläuft. Wo das Individuum erst noch gegen Familien- und Clanstrukturen durchgesetzt oder verteidigt werden muss, haben alle Versuche, eine kommunistische Assoziation zu gründen, einen schweren Stand – wie die Geschichte so genannter nationaler Befreiungsbewegungen in aller Hässlichkeit völkischer Mobilmachung gezeigt hat. Die revolutionäre Strategie nimmt daher die schon an sich skandalöse, keinesfalls eindeutig geographisch bestimmbare Zweiteilung der Welt in bürgerliche und nachbürgerliche Gesellschaften ernst und verfährt zugleich offensiv und defensiv: Sie verteidigt das bürgerliche Individuum gegen alle Versuche negativer Aufhebung und geht zum

Angriff auf die herrschende Ordnung über.

## Das Scheitern nachholender Modernisierung

Im Nahen Osten als einer dank des reichhaltigen Erdölvorhabens für die Ökonomie des Westens wichtigen Region drückt sich das Scheitern nachholender Modernisierung politisch in autoritären Regimes aus, die ihre Schreckensherrschaft unter Rekurs auf die Verfallsformen bürgerlicher Modernisierungsideologie legitimieren. Längst aber hat der arabische Nationalismus seinen Glanz verloren, nämlich seit bekannt ist, dass er für die allermeisten nicht zu Reichtum und Wohlstand führt. Die mit dem Modernisierungsprozess verbundene Enttäuschung schlug in den letzten dreißig Jahren zunehmend und unter reger Propagandatätigkeit islamischer Fanatiker in antibürgerlichen Hass um. All jene irrationalen Traditionen, die den Einzelnen von aller Verantwortlichkeit und Freiheit entbinden, ihn aber dafür in eine scheinbar ursprünglich gewachsene Gemeinschaft eingliedern, erleben seit Beginn der Siebziger Jahre einen ungeheuren Siegeszug. Und das keineswegs nur im Nahen Osten: Auch in Lateinamerika, in Venezuela etwa, wird das Loblied aufs repressive Kollektiv gesungen und das Individuum als Erfindung des Imperialismus gegeißelt. Weil aber die Identität der Gemeinschaften sich dort größtenteils noch immer auf westliche Konzepte wie Sozialismus und Nationalismus stützt, erscheinen sie im Vergleich zur Terrorherrschaft von Hamas und Co. als moderat. Das Bündnis Venezuelas mit dem Iran, das zunehmend die Verteufelung von Alkohol, freier Sexualität und zersetzender Kunst in die Gesellschaft einführt und Venezuela immer zielsicherer einer reinen Willkürherrschaft entgegen treibt, lässt schon jetzt befürchten, was passiert, wenn sich die lateinamerikanischen Gesellschaften radikalisieren sollten. Der Islam als Identität der sich ausgeschlossen und verraten wählenden Opfergemeinschaft ist der neue Stern am Himmel der Deprivierten, obgleich er nichts zu bieten hat, was mit Glück im emphatischen Sinne noch etwas zu tun hätte.

Derart total ist das Scheitern der bürgerlichen Gesellschaft im Orient, dass bereits jeder Anflug von Hoffnung auf ein besseres Leben als Verrat am Kollektiv abgeurteilt und bestraft wird. Weil schon die universelle Gültigkeit und die menschliche Herkunft des Rechts den Moslems als Blasphemie gelten und es die Voraussetzungen für eine substantielle Unterscheidung zwischen Individuum und Kollektiv bereitstellt, trachten sie nach einer Abschaffung jedes weltlichen Staates. Als Inbegriff der Gotteslästerung gilt ihnen Israel, weil es nicht nur ein Rechts-, sondern auch noch ein jüdischer Staat ist, der ihrem Wahn zufolge niemals existieren dürfte. Der Kampf gegen Israel schweiß die Moslems als Umma zusammen, die „Befreiung Jerusalems“ von den Juden wird mit der Heilerwartung einer neuen, messianischen Ära verknüpft, in der nur noch Gott Souverän ist. Diese Utopie der Alleinherrschaft Allahs ist die historische Aufhebung der Religion als zur Erlösung treibende Kraft, weil schon jetzt anhand der Worte und Taten der Anhänger Allahs zu erkennen ist, dass die Utopie vollkommen im endlosen Blutvergießen, in Folter, Mord und Totschlag aufgeht. Insofern ist die Wiederholung von Auschwitz, welche die Gotteskrieger aus Teheran, Islamabad und Gaza-Stadt, aber eben auch aus London, Paris und Köln, durchführen versuchen, Auftakt und Sieg des Heiligen Krieges zugleich. Die unbedingte Solidarität mit Israel, die seine Verteidigungsmaßnahmen gegen seine Todfeinde ausdrücklich einschließt, und die Kritik von Zuständen, in denen es Staaten gibt und geben muss, sind somit ein- und dasselbe. Alle Staatskritik, die Israel seine Waffen aus der Hand schlagen will, ist nichts weiter als Propaganda der Vernichtung. Erst ein Zustand, in dem die Gewaltverhältnisse nicht mehr durch den Staat, sondern durch Vernunft geregelt sind, vermag das Absterben des überflüssig gewordenen Rechts aus sich selbst hervorzubringen. Sicherheit ohne Recht, Wohlstand ohne Arbeit, Gesellschaft ohne Zwang, das wäre – in einem Wort – Kommunismus.

22. April 2008  
Georg-Weerth-Gesellschaft Köln

<http://www.gwg-koeln.tk> | [gwg.koeln@yahoo.com](mailto:gwg.koeln@yahoo.com)

Dienstag, 17. Juni | 20 Uhr

## Iran

### *Der politische Islam und die Strukturen totaler Herrschaft*

Der Iran ist gegenwärtig eine „Republik“ ohne einen republikanischen Geist. Die moderne Herrschaft des politischen Islam ist nicht vom Himmel gefallen. Diese hat eine irdische Geschichte der politischen Philosophie der Herrschaft. Die Revolution von 1979 entpuppte sich als eine katastrophale Wende in eine neue Form der Diktatur, die anachronistische Gesetze verewigen will. Mit einer rückwärtsorientierten religiösen Ideologie und kraft moderner Technik wird ein Gewaltssystem aufrechterhalten, das im Namen der Reformen und der "religiösen Demokratie" eine neue Form der totalitären Diktatur stabilisiert.

Der Referent, **Dr. Wahied Wahdat-Hagh**, ist Senior Research Fellow bei der "European Foundation for Democracy" in Brüssel. Er promovierte an der Freien Universität Berlin mit der Dissertation *Die islamische Republik Iran. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus* und war Lehrbeauftragter an mehreren deutschen Universitäten.

Im Hörsaal 17, Englisch Seminar, Hauptgebäude der Uni Bonn.

Donnerstag, 19. Juni | 19.30 Uhr

## Der Staat des Grundgesetzes

### *Über das Verhältnis von Kapital und Souveränität in Deutschland*

Artikel 20 des Grundgesetzes bestimmt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Die Frage, wo sie denn aber hingehe, ist genau so deutsch wie das Grundgesetz selber. Wenn das, was in Deutschland als links auftrumpft, die Auffassung vertritt, es gelte, so Oskar Lafontaine, eine „Politik für alle“ zu erkämpfen, d.h. das, was seit den Tagen der Agitation Ferdinand Lassalles für den „Volksstaat“ als Demokratisierung sattsam bekannt ist, dann kommt die Ideologie der Politik an ihr Ende: die unbedingte Einheit von Bürger und Staat bekennt sich in der Idee, die Souveränität sei das Instrument der gesellschaftlichen Selbstverwirklichung und das System des Befehlens und Gehorchens wäre, nur recht auf Gemeinwohl getrimmt, die Freiheit schon selbst. Die marxische „Kritik der politischen Ökonomie“ dagegen tritt auf als Kritik, die von Anfang an die Einheit von Ökonomie und Politik, von Basis und Überbau, von Kapital und Souveränität darstellt: in der Form der Kritik. Alle Kategorien dieser Kritik sind ökonomisch und politisch zugleich. Insofern sie aus der vermittelten Identität von Ausbeutung und Herrschaft entspringen, gilt die Souveränität als nur eine, wenn auch die gegenwärtige Form der „Knechtschaft“ (Marx). Als Kritik, die dem kategorischen Imperativ folgt, die Spaltung der Gattung in die wesentliche und in die überflüssige Menschheit aufzuheben, zielt sie nicht auf die Aufhebung, sondern auf die Abschaffung von Staat und Recht.

Vortrag & Diskussion mit **Joachim Bruhn** (*JSF*, Freiburg).

Im Alten Lesesaal des AStA der Uni Köln, Universitätsstr. 16b.  
(U9 Universität, U18 Weißhausstraße)

Montag, 23. Juni | 19.30 Uhr

## Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

### *Anmerkungen zur „bolivarischen“ Willkürherrschaft*

Frenetisch wird der venezolanische Führer Chávez von Linken in aller Welt gefeiert. Aus dieser Tatsache kann man zweierlei folgern: Entweder wissen diese Linken nicht, welchen Charakters der venezolanische Aufbruch ist - dann wäre es ihre Pflicht, darüber Erkundigungen einzuholen; oder, was wahrscheinlicher ist, sie wissen es und sind gerade deshalb voll des Lobes für Chávez - dann wäre das jedoch ein Verrat an der Idee der Emanzipa-

tion, die sie ständig so vollmundig proklamieren. Denn der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ist ein Programm der Elendsverwaltung, das die Verschmelzung der verarmten Massen zu einer antiimperialistisch verkündeten Gemeinschaft anstrebt und durch erpresserische staatliche Almosengaben erkaufte.

Es spricht **Philipp Lenhard**, Redakteur der Kölner Vierteljahresschrift Prodomo und Autor u. a. für Bahamas und Konkret. Er wird erläutern, warum das venezolanische Modell kein Ausweg aus dem herrschenden Elend ist, sondern nur tiefer in dieses hineinführt.

Im Alten Lesesaal des AStA der Uni Köln, Universitätsstr. 16b.  
(U9 Universität, U18 Weißhausstraße)

Donnerstag, 26. Juni | 18 Uhr

## Revolutionärer Krieg und Staatskritik

### *Über die Fundamente der Aufklärung und den Kampf gegen den islamischen Terror*

Macht in Europa jemand einen guten Witz, brennen in Pakistan, Iran und Gaza Autoreifen und Voodoopuppen. Die „Lonely Crowd“ außergeleiteter Einzeler, die David Riesmann in den Fünfziger Jahren für die USA diagnostizierte, wurde in der islamischen Welt auch ohne industrielle Revolution verwirklicht. Hier ist sie aber nicht in erster Linie das Objekt der Werbeindustrie und der staatlichen Bürokratie, sondern islamischer Vereine und Verbände. Ihre Einheit realisiert sich durch das Medienereignis vor dem Fernseher. Jeder Report über einen wütenden Mob oder ein Selbstmordattentat ist Balsam auf der islamischen Seele. Das Publikum verlangt nach den blutigen Spektakeln als Ausgleich für die Kränkung, trotz prophezeiten Herrendaseins keine Weltmacht zu sein. In seinem Vortrag wird **Adam Freitag**, Autor der Kölner Vierteljahresschrift Prodomo, erläutern, was diese Ereignisse mit der Französischen Revolution zu tun haben und wieso „Der islamische Weg nach Westen“ (Oliver Roy) ein Grund zur Besorgnis ist.

Im Anschluss zeigt das AStA-Café das Halbfinale der Fußball-EM.

Im Alten Lesesaal des AStA der Uni Köln, Universitätsstr. 16b.  
(U9 Universität, U18 Weißhausstraße)

Donnerstag, 3. Juli | 19.30 Uhr

## Die Attraktivität der Barbarei

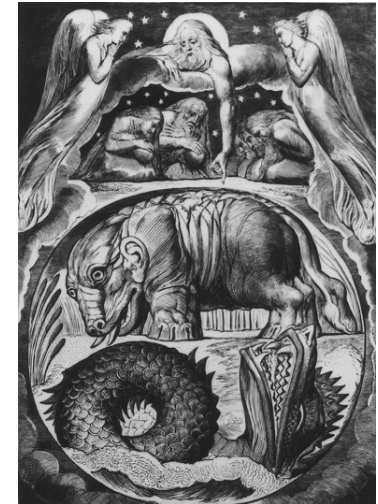
### *Postnazistische Demokratie und islamische Massenbewegung*

Die Tat Auschwitz war singulär, nicht aber die spezifische gesellschaftliche Konstellation, der sie sich verdankt und die vielleicht zuerst in Deutschland sich herausbildete, aber sehr bald für all diejenigen Attraktivität gewann, die sich vom Imperialismus geknechtet, ausgebeutet und übers Ohr gehauen fühlen. Es sind dies dieselben Kollektive, zu denen nicht mehr nur Deutschland, sondern das ganze alte Europa die herzlichsten Beziehungen unterhält, die sich von der deutschen Krisenbewältigung fasziniert zeigen. Was deutsch ist, ist keine positiv bestimmbare, ausschließlich in Deutschland anzutreffende Eigenschaft, sondern eine verallgemeinerbare polit-ökonomische Konstellation und deshalb umfasst die Kritik dessen, was deutsch ist, heute notwendig und selbstverständlich auch die Gegnerschaft zu Old Europe und zum Islam, weltweit und vor der eigenen Haustür.

**Clemens Nachtmann**, Komponist und Politikwissenschaftler aus Graz und Redakteur der Zeitschrift Bahamas, erläutert die Ausstrahlungskraft der deutschen „Krisenbewältigung“ sowie das Verhältnis von postnazistischer Demokratie und islamischer Massenbewegung.

Im Alten Lesesaal des AStA der Uni Köln, Universitätsstr. 16b.  
(U9 Universität, U18 Weißhausstraße)

# Staatskritik im nachbürgerlichen Zeitalter



Dienstag, 17. Juni

## Iran

*Der politische Islam und die Strukturen totaler Herrschaft*  
Vortrag & Diskussion mit Dr. Wahied Wahdat-Hagh (Berlin)

Donnerstag, 19. Juni

## Der Staat des Grundgesetzes

*Über das Verhältnis von Kapital und Souveränität in Deutschland*  
Vortrag & Diskussion mit Joachim Bruhn (Freiburg)

Montag, 23. Juni

## Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

*Anmerkungen zur „bolivarischen“ Willkürherrschaft*  
Vortrag & Diskussion mit Philipp Lenhard (Köln)

Donnerstag, 26. Juni

## Revolutionärer Krieg und Staatskritik

*Über die Fundamente der Aufklärung und den Kampf gegen den islamischen Terror*  
Vortrag & Diskussion mit Adam Freitag (Köln)

Donnerstag, 3. Juli

## Die Attraktivität der Barbarei

*Postnazistische Demokratie und islamische Massenbewegung*  
Vortrag & Diskussion mit Clemens Nachtmann (Graz)

*Eine Veranstaltungsreihe der Georg-Weerth-Gesellschaft Köln in Kooperation mit dem AStA der Uni Köln, der Fachschaft Philosophie der Uni Köln und dem Verein freier Menschen/AO.*